



173. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
12. November 2019

Antrag 5

Sonderklagerechte

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien fordert folgendes:

Keine Ausweitung der Sonderklagerechte für Konzerne

Die EU-Kommission versucht über die Einrichtung des Multilateralen Investitionsschiedssystems auf multilateraler Ebene die umstrittenen Sonderklagerechte für Konzerne festzuschreiben. Diese Sonderklagerechte für Konzerne sollte aus Sicht der Liste Perspektive gänzlich abgeschafft werden.

Die EU sieht diese Installierung dieses Systems als Reform, wobei aber keines der problematischen Punkte der Paralleljustiz angetastet werden.

Konzerne können damit in Zukunft weiterhin Staaten vor Schiedsgerichten auf hohe Schadenersatzsummen verklagen, wenn sie ihre Profite durch neue Gesetze gefährdet sehen.

Staaten haben auf der anderen Seite aber keinerlei Möglichkeit, Konzerne zu verklagen.

Die Schiedsrichter sollen wie bisher aus einem Kreis internationaler Anwaltskanzleien ausgewählt werden, die an den Verfahren verdienen und somit ein Eigeninteresse an Konzernklagen gegen Staaten haben.

Die Ausweitung der Sonderklagerechte gefährdet auch die Energiewende, weil Klagen mit hohen Schadenersatzforderungen gegen Klimaschutzmaßnahmen in der Zukunft verstärkt drohen.

Die Vollversammlung der AK Wien fordert den Stopp der Einführung des Multilateralen Investitionsschiedssystems als Werkzeug der Ausweitung der Sonderklagerechte.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig